

Informationsstand und allgemeine Grundüberzeugungen bestimmten Euro-Skepsis: Analysen zur Einstellung der Bevölkerung zum Euro

Isengard, Bettina; Schneider, Thorsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Isengard, B., & Schneider, T. (2002). Informationsstand und allgemeine Grundüberzeugungen bestimmten Euro-Skepsis: Analysen zur Einstellung der Bevölkerung zum Euro. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 27, 7-10. <https://doi.org/10.15464/isi.27.2002.7-10>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Informationsstand und allgemeine Grundüberzeugungen bestimmten Euro-Skepsis

Analysen zur Einstellung der Bevölkerung zum Euro

Mit der Einführung des Euro, d.h. einer staatenübergreifenden Währungsunion, hat Europa Neuland betreten. Dabei zeigten zahlreiche Umfragen vor Einführung des neuen offiziellen Zahlungsmittels, dass sich die Deutschen im europäischen Vergleich deutlich häufiger als Bürger anderer Nationen Sorgen wegen der neuen Gemeinschaftswährung machten. Die Italiener hingegen „freuten“ sich auf die neue Währung und gaben die in der Vergangenheit oftmals krisengeschüttelte Lira gerne auf. Den Deutschen fiel der Abschied wohl besonders schwer, da die Deutsche Mark Symbol des Wohlstands und seit der Wiedervereinigung auch der deutschen Einheit war. Mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wird für Deutschland gezeigt, welche Personen der Euro-Einführung mit Skepsis gegenüberstehen.

12 der 15 EU-Mitgliedsstaaten nehmen bisher an der Währungsunion teil. Dänemark, das Vereinigte Königreich und Schweden haben sich (vorerst) gegen eine Beteiligung entschieden. Insgesamt waren im vergangenen Frühjahr nur knapp 60% der EU-Bevölkerung für den Euro¹. Jeder dritte EU-Bürger lehnte die Einführung des Euro ab und jeder elfte hatte keine Meinung dazu (vgl. Graphik 1).

In Italien und Luxemburg fand die neue Währung die meiste Zustimmung. So sprachen sich in Italien 83% der Bürger für das neue Zah-

lungsmittel aus. Sie erwarteten offenbar den Lohn für Italiens große Anstrengungen in den 90er Jahren, die Konvergenzhürden des Maastrichter Vertrages zu erfüllen: Der Staatshaushalt wurde konsolidiert, Staatsbetriebe privatisiert und die Inflation weitgehend besiegt.

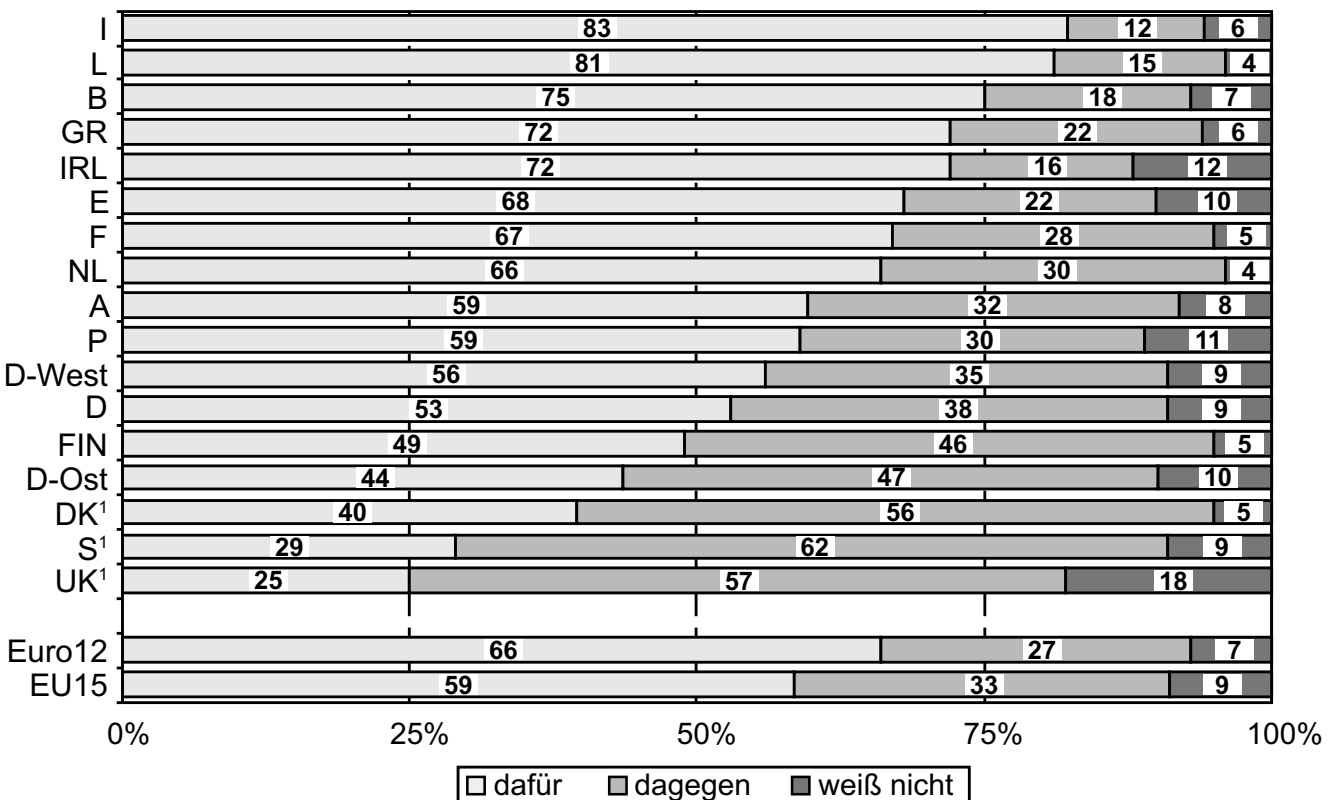
Ähnlich groß war die Befürwortung vor fast einem Jahr in Luxemburg (81%). Bedingt durch die Tatsache, dass dieses Land keine eigenständige Währung hatte, sondern sich seit 1921 in einer Währungsunion mit Belgien befand, ist es leicht nachzuvollziehen, wieso den Bürgern

der Abschied von ihrem bisherigen Zahlungsmittel leicht fiel. Mit Werten von 72% bis 75% fällt auch die Akzeptanz des Euro in Belgien, Griechenland und Irland sehr hoch aus.

In den Ländern, die den Euro einführten, war die Skepsis der Bevölkerung in Finnland und Deutschland am größten. Hier war nur jeder Zweite dafür, die bisherige Landeswährung durch die neue Einheitswährung zu ersetzen. Dabei zeigten sich innerhalb Deutschlands klare Unterschiede zwischen Ost und West. Während in Westdeutschland 56% der Befragten der Euro-Einführung positiv gegenüberstanden, waren es im Ostteil nur 44%. Insgesamt war in Deutschland nicht nur die Zustimmung geringer als im EU-Durchschnitt, sondern auch die Ablehnung des Euro fiel stärker aus. Jeder Dritte in Westdeutschland war explizit gegen die Einführung des Euro, in Ostdeutschland sogar jeder Zweite. Nur in den EU-Ländern, die sich nicht der Währungsunion angeschlossen haben, waren die Ablehnungsquoten noch höher als im Osten Deutschlands. In Dänemark und Großbritannien waren ca. 56% und in Schweden sogar 62% dagegen.

Nationale Währungen erfüllen nicht ausschließlich ökonomische Funktionen, sondern sie besitzen auch immer eine Symbolkraft und können so zur Identifikation mit einer Nation beitragen (vgl. Servet et al. 1999). Speziell die Bindung der Deutschen an die DM war besonders ausgeprägt - und ist es wohl auch immer noch. Im Westen ist dies darauf zurückzuführen, dass sie nach dem 2. Weltkrieg eine

Graphik 1: Zustimmung zum Euro in den Ländern der EU im Frühjahr 2001



¹ Nicht der EU-Währungsunion beigetreten.
Quelle: European Commission 2001.

Tabelle 1: Anteil der Bevölkerung, der sich wegen der Einführung des Euro sorgt, nach demographischen Merkmalen

	Bevölkerungsanteil	
	%	
Insgesamt	69	
Geschlecht		
Männer	66	
Frauen	72	
Nationalität		
Deutsche	70	
alte Bundesländer	69	
neue Bundesländer	76	
Ausländer	55	
EU-Ausländer	52	
sonstige Nationen	55	
Gemeindegrößenklassen		
unter 2.000 Einwohner	71	
2.000 bis unter 20.000 Einw.	71	
20.000 bis unter 100.000 Einw.	69	
100.000 bis unter 500.000 Einw.	67	
über 500.000 Einwohner	66	

Quelle: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung), eigene Berechnungen.

Schlüsselrolle für die nationale Identifikation eingenommen hat. Bei den Ostdeutschen ist die Verbundenheit deshalb besonders stark, weil die DM zu Zeiten der ehemaligen DDR für viele Bürger ein besonders begehrtes Gut war.

Im Sommer 2001 gab fast jeder vierte Deutsche in einer Umfrage an, er werde die eigenständige nationale Währung vermissen. Gut 40% glaubten, dass ihnen die Stabilität der DM fehlen werde. Drei Viertel der Befragten befürchteten, dass die Preise infolge der Euro-Einführung steigen würden (vgl. Brost 2001).

In Deutschland lebende Ausländer sorgen sich am wenigsten

Mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer jährlichen Wiederholungsbefragung von Haushalten und Personen (vgl. SOEP Group 2001), kann gezeigt werden, mit welchen sozial-strukturellen und sozio-ökonomischen Merkmalen die Besorgnis wegen der Einführung des Euro in Deutschland zusammenhängt. Zwar stammen die jüngsten SOEP-Daten aus dem Jahr 2000, doch hat sich - wie andere Umfragen zeigen - das Ausmaß der Euro-Skepsis in den beiden vergangenen Jahren nicht wesentlich verändert (vgl. European Commission 2001). Da das SOEP mit fast 25.000 befragten Personen² mehr als 10 mal so groß ist wie übliche Bevölkerungsumfragen, können mit diesem Datensatz detailliertere Analysen durchgeführt werden. Dazu werden zunächst in den Tabellen 1 und 2 sowie in Graphik 2 die bivariaten Zusammenhänge dargestellt und anschließend in einem logistischen Regressionsmodell gemeinsam geprüft (Tabelle 3). Dadurch kann untersucht werden, ob die festgestellten Zusammenhänge zwischen zwei Variablen auch bei Berücksichtigung des Einflusses weiterer Variablen bestehen bleiben. Die abhängige Variable „Sorge wegen der Einführung des Euro“ nimmt dabei den Wert 1 an, wenn eine Person sich große oder einige Sor-

gen macht, den Wert 0 hingegen, wenn sie angibt, sich nicht zu sorgen. Diese Zusammenfassung der Kategorien wird auch in den Tabellen 1 und 2 verwendet.

Die Frage „Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? Über die Einführung des Euro statt der D-Mark?“ bejahten insgesamt 69% der Befragten. Bei Frauen ist der entsprechende Anteil um 6 Prozentpunkte höher als bei Männern. Die Ergebnisse anderer Umfragen (z.B. Brost 2001), die zeigen, dass Ostdeutsche sich im Vergleich zu Westdeutschen häufiger sorgen, wurden mit den Daten des SOEP bestätigt. So liegt der Anteil der wegen der Einführung der neuen Währung Besorgten im Osten um 8 Prozentpunkte höher als im westlichen Landesteil.

Dagegen ist die Verbundenheit mit der DM bei ausländischen Bürgern in Deutschland deutlich geringer. So stehen nur ca. 55% der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer einer Einführung des Euro skeptisch gegenüber. In der deutschen Bevölkerung beträgt der entsprechende Anteil 70%. Es liegt zwar auf der Hand, dass insbesondere EU-Ausländer von einer einheitlichen Euro-Währung bei Reisen und Überweisungen in ihr Heimatland unmittelbar profitieren können. Jedoch erweist sich das leicht niedrigere Besorgnisniveau der EU-Ausländer gegenüber anderen Nicht-Deutschen bei Kontrolle weiterer Merkmale in der logistischen Regression als statistisch nicht signifikant³.

Tabelle 2: Anteil der Bevölkerung, der sich wegen der Einführung des Euro sorgt, nach sozio-ökonomischen Merkmalen

	Bevölkerungsanteil	
	%	
Insgesamt	69	
Höchster schulischer Abschluss		
kein Schulabschluss	63	
Hauptschule	76	
Realschule	73	
Abitur	58	
(Fach-)Hochschule	55	
sonstiger Abschluss (z.B. Ausland)	63	
noch in Schule	53	
Erwerbsstatus		
Wehr-/Zivildienst	56	
in Schule/Ausbildung	54	
Erwerbstätig		
in Vollzeit	67	
in Teilzeit	70	
Nicht erwerbstätig		
in Rente	77	
arbeitslos	74	
sonstige	68	
Monatliches Haushaltseinkommen		
unter 1.400 DM	72	
1.400 bis unter 1.800 DM	73	
1.800 bis unter 2.200 DM	71	
2.200 bis unter 2.900	69	
über 2.900	62	
Selbstgenutztes Wohneigentum		
Eigentümer	69	
Mieter	70	
Besitz von Wertpapieren im Haushalt		
ja	64	
nein	72	

Quelle: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung), eigene Berechnungen.

Es zeigt sich außerdem, dass sich Großstädter weniger sorgen als die übrige Bevölkerung. Allerdings erweisen sich auch die Stadt-Land-Unterschiede bei Berücksichtigung weiterer Einflussfaktoren als nicht signifikant. Wird nämlich die Nationalität der Befragungspersonen kontrolliert, verschwinden die Stadt-Land-Effekte. Dies ist dadurch zu erklären, dass Ausländer deutlich seltener Befürchtungen in Bezug auf die Einführung des Euro haben und gleichzeitig öfter in Großstädten leben.

Abiturienten und Akademiker machen sich weniger Sorgen wegen der Einführung des Euro

Personen mit den höheren Bildungsabschlüssen Abitur und (Fach-)Hochschule sorgen sich deutlich weniger wegen der Einführung des Euro (vgl. Tabelle 2). Auffällig sind die ebenfalls geringen Angaben bei Personen, die keinen schulischen Abschluss besitzen. Bei ihnen beträgt der entsprechende Anteil nur 63%, während er bei den Hauptschulabsolventen 76% beträgt. Höher Gebildete dürften den besten Zugang zu Informationen über die Einführung des Euro besitzen. Aber auch junge Menschen, die das Befragungsalter von 16 Jahren bereits erreicht haben und noch in der Schule sind, sorgen sich weniger. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich hier um junge Menschen mit einer generell geringen Bindung an die DM handelt. Neben dem Einfluss, den das Alter bei den unter 30-Jährigen auf das in dieser Gruppe niedrigere Besorgnisniveau hat, kann aber auch ein eigenständiger Effekt für Schüler festgestellt werden. Da der Euro auch Unterrichtsgegenstand ist, sollten Schüler in der Tat auch überdurchschnittlich gut informiert sein, wodurch ihr geringeres Besorgnisniveau erklärt werden könnte.

Vergleichbares zeigt sich auch für den Erwerbsstatus (vgl. Tabelle 2). Hier sind es ebenfalls die jungen Menschen, die sich noch in der schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden oder gerade Wehr- oder Zivildienst leisten, die das geringste Besorgnisniveau aufweisen. Im Gegensatz dazu machen sich drei Viertel der Rentner und Arbeitslosen Sorgen. Bei den Nicht-Erwerbspersonen (ohne Schüler und ohne Frührentner), zu denen z.B. die Hausfrauen gehören, ist der Anteil vergleichbar mit denen, die voll- und teilzeitbeschäftigt sind.

Im multivariaten Modell, bei dem weitere Merkmale kontrolliert werden, können die Zusammenhänge von Erwerbsstatus und Befürchtungen wegen der Euro-Einführung erhärtet werden. Eine Ausnahme bilden hierbei allerdings Arbeitslose und die Nicht-Erwerbspersonen. Für Arbeitslose lässt sich kein eigenständiger signifikanter Effekt gegenüber Vollzeitbeschäftigten feststellen und Nicht-Erwerbspersonen sorgen sich seltener. Wehr- und Zivildienstleistende, die auch gleichzeitig zur Gruppe der unter 30-Jährigen gehören, weisen keinen eigenständigen signifikanten Effekt mehr auf.

Tabelle 3: Logistisches Regressionsmodell zur Besorgnis wegen der Einführung des Euro

	Koeffizient ^a
Geschlecht (<i>Weiblich^b</i>)	
Männlich	-0,22***
Alter (<i>30 bis unter 45 Jahre^b</i>)	
unter 30 Jahre	-0,31***
45 bis unter 60 Jahre	-0,07
über 60 Jahre	-0,06
Nationalität (<i>Deutsche, alte Bundesländer^b</i>)	
Deutsche, neue Bundesländer	0,32***
EU-Ausländer	-0,63***
Ausländer sonstige Nationen	-0,59***
Gemeindegrößenklasse (<i>unter 2.000 Einwohner^b</i>)	
2.000 bis unter 20.000 Einwohner	0,15*
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	0,11
100.000 bis unter 500.000 Einwohner	0,07
über 500.000 Einwohner	0,10
Höchster schulischer Abschluss (<i>Hauptschule^b</i>)	
Realschule	-0,06
Abitur	-0,47***
(Fach-)Hochschule	-0,75***
sonstiger Abschluss (z.B. Ausland)	-0,31***
kein Schulabschluss	-0,33***
noch in der Schule	-0,32**
Erwerbsstatus (<i>Vollzeit erwerbstätig^b</i>)	
in Schule/Ausbildung	-0,41***
Wehr-/Zivildienst	-0,34
Teilzeit erwerbstätig	-0,13*
in Rente	0,14
arbeitslos	-0,07
sonstige	-0,15*
Einkommen und Vermögen im Haushalt	
Einkommen [in 100 DM]	-0,01***
selbstgenutztes Wohneigentum	-0,09*
Besitz von Wertpapieren	-0,14***
Parteipräferenz (<i>SPD^b</i>)	
Grüne	-0,88***
FDP	-0,34**
PDS	-0,29*
CDU/CSU	-0,01
DVU/Republikaner	1,98***
keine Parteipräferenz	-0,07
Konstante	1,52***
Pseudo-R ² (McFadden)	0,053

^a Signifikanzniveau: * = $p < 0,05$, ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$.

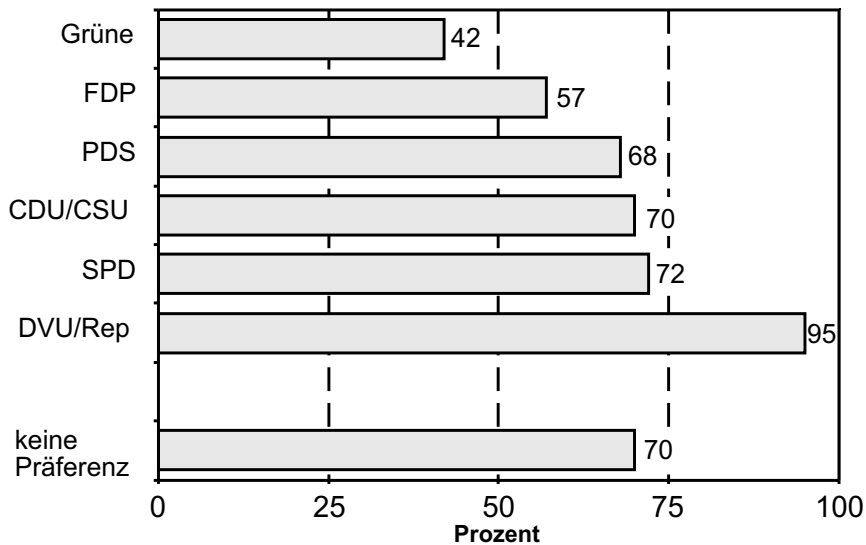
^b Alle kursiv ausgewiesenen Kategorien bilden die Referenzkategorie.

Quelle: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung), eigene Berechnungen.

Da es sich bei der Einführung des Euro um eine Währungsumstellung handelt, die eng mit der Sorge um Geldwertverluste verbunden ist, wird auch das Einkommen und Vermögen im Haushalt betrachtet. Die für die Analysen verwendete Einkommensvariable ist das verfügbare Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes, das nach Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder bedarfsgewichtet wurde (Netto-Äquivalenzeinkommen)⁴. Für Tabelle 2 wurden die nach der Größe geordneten Einkommen in fünf nahezu gleich stark besetzte Gruppen (Quintile) aufgeteilt. Dabei zeigt sich, dass die Besorgnis wegen der Einführung des Euro erst bei den höheren Einkommen (über 2.900

DM) geringer ausfällt. Für das Vermögen werden zwei Indikatoren benutzt: Der Besitz von selbstgenutzten Wohnimmobilien und der Besitz von Wertpapieren⁵. Der Besitz von Wohneigentum sollte die Ängste der Betroffenen verringern, da hier Geld in „inflationsgeschütztes“ Kapital transferiert wurde. Für Wohnungseigentümer und Mieter zeigen sich zunächst keine Unterschiede. Jedoch lässt sich ein kleiner Effekt in der multivariaten Analyse feststellen. Danach sind die Sorgen bei Immobilienbesitzern etwas geringer. Auch für Wertpapierbesitzer lässt sich ein negativer Effekt feststellen. Es ist davon auszugehen, dass Besitzer solcher Geldanlagen besser über die wirt-

Graphik 2: Anteil der Bevölkerung, der sich wegen der Einführung des Euro sorgt, nach Parteipräferenz



Quelle: SOEP 2000 (vorläufige Gewichtung), eigene Berechnungen.

schaftlichen Chancen informiert sind, die der Euro eröffnet, da Geldanlagen in Wertpapieren einen höheren Informationsgrad bei Geld- und Wirtschaftsthemen erfordern.

Das Sorgenniveau der Anhänger der kleinen Parteien unterscheidet sich von dem der Mehrheit der Bevölkerung

Keine statistisch signifikanten Unterschiede lassen sich für Personen feststellen, die eine dauerhafte Parteipräferenz für die SPD, die CDU/CSU oder aber für gar keine Partei haben (vgl. Graphik 2). Dies ist bei den Anhängern der kleineren Parteien anders. So sorgen sich 95% der Anhängerschaft der rechtsradikalen Parteien DVU und Republikaner. Das heißt, dass praktisch alle DVU/Republikaner-Anhänger angeben, über die Einführung des Euro besorgt zu sein. Dies zeigt die Bedeutung politischer Grundüberzeugungen bei der Beurteilung des Euro. Auf der anderen Seite ist das Sorgenpotential bei den Anhängern von Bündnis90/Die Grünen und der FDP unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die Grünen weisen mit 42% den geringsten Anteil Besorgter auf. Dies ist nicht nur im Vergleich mit den Anhängern anderer Parteien der niedrigste Wert: Keine andere hier berücksichtigte Gruppe hat ein derart niedriges Sorgenniveau. Die Anhänger der wirtschaftsorientierten Partei FDP äußern mit 57% ebenfalls seltener Befürchtungen als die Anhänger der großen Volksparteien.

„Informiertheit“ und „DM-Verbundenheit“ bestimmen die Einstellung gegenüber dem Euro

Aus den Ergebnissen des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) lässt sich schließen, dass zwei wesentliche Bedingungen die Befürchtungen vor der Einführung des Euro beeinflussen haben. Dies ist zum einen der Grad der „Informiertheit“ und zum anderen die „DM-Verbundenheit“ der Befragten.

Personen, die besser informiert waren, sorgten sich weniger um die Einführung des Euro. Dazu gehörten Besitzer von Wertpapieren, die sich stärker mit geld- und finanzpolitischen Fragen auseinander setzen. Aber auch junge Leute, die sich noch im staatlichen Bildungssystem befinden, eignen sich verstärkt Wissen über die Währungsunion an, da sie sich im Rahmen des (Berufs-)Schulunterrichts zwangsläufig mit dieser Thematik beschäftigen müssen. Diese Gruppe äußerte ebenso wie Personen mit höheren Bildungsabschlüssen seltener Befürchtungen. Auch die Anhänger der „Wirtschaftspartei“ FDP wiesen ein unterdurchschnittliches Besorgnisniveau auf.

Bei dem zweiten Faktor handelt es sich um die Verbundenheit mit der DM. Diese war bei den in Deutschland lebenden Ausländern und bei den eher postmaterialistischen Anhängern der Grünen eher gering. Folglich waren ihre Befürchtungen hinsichtlich der Einführung des Euro auch schwächer ausgeprägt. Dagegen fielen die Sorgen bei den Ostdeutschen überdurchschnittlich hoch aus. Hier lässt sich vermuten, dass sie u.a. auf Ängste vor dem Verlust des Einheitssymbols DM zurückzuführen sind. Völlig aus dem Rahmen fallen die Anhänger der rechtsradikalen Parteien. In Übereinstimmung mit der ablehnenden Haltung ihrer Parteien gegenüber dem vereinten Europa und der Währungsunion äußern sie sich hinsichtlich der Euro-Einführung äußerst besorgt.

Auch wenn die Bevölkerung sich bald an den Euro gewöhnt haben wird, bleibt dennoch das generelle Problem bestehen, dass eine mangelnde, zu spät einsetzende Informationspolitik von Seiten der EU wie auch der nationalen Regierung zu Misstrauen gegenüber zukünftigen Reformen und damit dem vereinten Europa als Ganzem führt. Wenn große Projekte anstehen und umgesetzt werden sollen, wie z.B. die EU-Osterweiterung, ist eine frühzeitige Aufklärung über die Hintergründe und

Ziele notwendig, um entstehenden Sorgen entgegenzuwirken.

- 1 Für einen ausführlichen europäischen Vergleich siehe Isengard/Schneider (2001).
- 2 Im Jahr 2000 wurde das SOEP um eine neue Stichprobe erweitert, die ungefähr zu einer Verdoppelung der Fallzahlen auf Haushalts- und Personenebene geführt hat.
- 3 Die Signifikanz des Unterschiedes zwischen EU und Nicht-EU Ausländern wurde separat überprüft.
- 4 Für die Bedarfsgewichtung wurde die alte OECD-Skala verwendet, die der ersten erwachsenen Person im Haushalt einen Wert von 1 zuweist. Jede weitere Person ab 15 Jahren bekommt ein Gewicht von 0,7 und Kinder bis 14 Jahre von 0,5. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird durch den so ermittelten Wert geteilt. Hat eine Familie mit Vater, Mutter und Kleinkind z.B. ein verfügbares monatliches Haushaltseinkommen von 4400 DM, dann beträgt das Äquivalenzeinkommen jeder Person $4400 \text{ DM} / 2,2 = 2000 \text{ DM}$.
- 5 Zu den Wertpapieren zählen Sparbriefe, Pfandbriefe, Anleihen, Aktien u.ä.

Brost, Marc, 2001: Umfrage. Die neurotischen Deutschen. Sechs Monate vor der Währungsumstellung: Die Bundesbürger fassen kein Vertrauen zum Euro. Eine Zeit-Umfrage. Die ZEIT 25/2001: 19.

European Commission, 2001: Eurobarometer. Public Opinion in the European Union. Report Number 55. Brussels: European Commission.

Isengard, Bettina, Schneider, Thorsten, 2001: Die Einstellung der Bevölkerung zum Euro im europäischen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der Einflussfaktoren auf die Sorgen vor der neuen Währung in Deutschland. DIW Materialien Nr. 7, Berlin.

Servet, Jean-Michel, Collicelli, Carla, Burgoyne, Carole, Reich, Norbert, 1999: Zusammenfassung der für die Arbeitsgruppe Euro bei der Generaldirektion XXIV der Europäischen Kommission erstellten Beiträge über die psychosociologischen Aspekte des Übergangs zum Euro. [<http://europa.eu.int/euro/html/dossiers/00501/00501-de.pdf>].

SOEP Group, 2001: The German Socio-economic Panel (GSOEP) After More Than 15 Years - Overview. S. 7-14 in: Elke Holst, Dean R. Lillard, Thomas A. DiPrete (Hg.), Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP 2000). Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 70, Nr. 1.

Bettina Isengard und Thorsten Schneider, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Tel: 030/89789-284, -376

bisengard@diw.de

tschneider@diw.de